

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 1/2 % Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reflekt. 20 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 67 377.

Nr. 255.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 30. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

**Bevor du handelst, überlege,
Wie es am besten wird gemacht,
Und hast du reiflich es bedacht,
Dann schaffensfroh und froh dich rege.**

Umschau.

Revolutions-Sieg in Brasilien. — Das Erwachen der farbigen. — Frankreich rüstet weiter. — Die deutschen Flaggen auf Halbmaße. — Zwei Welten.

Wider alles Erwarten hat das revolutionäre Geschehen in Brasilien eine jähe Wendung genommen. Trotz der nordamerikanischen Waffenlieferungen ist die yankeefreundliche Regierung Luiz nun doch gestürzt worden. Die Männer der Revolution haben den Sieg davon getragen. Wie plötzlich und unerwartet das alles geschah, geht insbesondere auch aus einem Telegramm hervor, das der nordamerikanische Gesandte in Rio de Janeiro nach zwei Stunden vor der Verhaftung des Präsidenten Luiz nach Washington sandte und das die Lage in Rio de Janeiro als durchaus ruhig und unverändert bezeichnete.

Wir haben schon einmal an dieser Stelle auf die nordamerikanische Finanzherrschaft hingewiesen, in der sich Brasilien befindet. Und wir haben dabei unterstrichen, daß die Nordamerikaner an dem jetzt gestürzten Präsidenten Luiz ein sehr willfähiges Werkzeug für ihre lateinamerikanischen Wirtschafts- und Machtinteressen bejahen. Aus diesem Grunde suchte Washington ja auch den Präsidenten Luiz mit Gold, Waffen und Bombenflugzeugen über die Revolution hinwegzureiten. Das ist jedoch mißglückt, und so kann man in der Tat von einer Schlappespreche, die der nordamerikanische Dollarimperialismus auf dem wichtigsten Felde des südamerikanischen Schachbretts erlitten hat. Nordamerika wird nun selbstverständlich das Spiel noch nicht verloren geben, sondern zweifellos versuchen, die Scharte wieder auszuweichen. Der Fortgang der brasilianischen Unruhen kommt den Yankees sehr zustatten; aber Nordamerika hat noch andere, zum Teil wirksamere Mittel als Pulver und Blei zur Verfügung, um Brasilien seinen Willen aufzudrücken. Das ist der Dollar. Es ist eben immer eine recht verhängnisvolle Sache, wenn sich ein Volk von fremdem Kapital ins Schlepptau nehmen läßt, wie das ja nicht nur bei Brasilien und so vielen anderen Republiken der neuen Welt, sondern in recht bedenklichem Maße auch bereits bei unserem deutschen Vaterlande der Fall ist. Aus diesem Grunde haben wir ja auch den neuen sog. „Ueberbrückungskredit“, den Deutschland wieder bei einem internationalen Finanzkonsortium aufgenommen hat, mit großer Sorge zur Kenntnis genommen. Ob — nebenbei bemerkt — unsere neue 500-Millionen-Anleihe tatsächlich die letzte Anleihe dieser Art sein wird, wie das von der Regierung Brüning versprochen wird, das muß so lange bezweifelt werden, bis die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik endlich von Grund auf umgestellt wird, wie das schon längst hätte geschehen müssen. Auch in Brasilien bleibt es abzuwarten, welche Kräfte die neuen Männer der wirtschaftlichen Ueberwindung auf die Dauer entgegenzusetzen haben. Mit dem Menschenmaterial, das heute Brasilien zur Verfügung steht, wird man da nicht allzuviel erwarten dürfen. Jedenfalls ist die Frucht des Sieges, die den Aufständischen in den Schoß gefallen ist, keine süße. Ist ihnen die Erlingung des Sieges schon unendlich schwer gefallen, so wird der Ausbau dieses Sieges zu einem neuen sozialen und nationalen Staatsleben sich noch wesentlich schwieriger gestalten.

Noch in einer anderen Beziehung sind die südamerikanischen Revolutionen außerordentlich lehrreich: das ist die Tatsache, daß die farbigen und halbfarbigen Völker der Erde nicht nur in Asien und Afrika, sondern auch drüben in der „neuen Welt“ gegen eine Bevormundung durch die weiße Rasse blutigen Protest erheben, die sich weniger aus ideellen und kulturellen, als leider in sehr beträchtlichem Maße aus brutal materialistischen und imperialistischen Gründen zum Herrn und Gebieter über die „Kaffern“ und „Neger“, über die „Gelben“ und „Rothäute“ aufgeworfen hat. Und so haben wir in dem vorläufigen Siege des brasilianischen Aufstandes vielleicht ein historisch besonders bedeutsames Symptom einer sich immer schärfer abzeichnenden Front Lateinamerikas gegen die panamerikanischen Pläne Nordamerikas zu sehen, wie auf der anderen Seite der Weltkugel die Vorgänge in Indien, in Vorderasien, Marokko und Ägypten eine wachsende Verbitterung gegen die europäischen Imperialstaaten aufzeigen. Auch der Umstand, daß vor einigen Tagen der Vertreter Südamerikas ostentativ die britische Reichs-

konferenz verlassen hat, verdient in diesem Zusammenhang besondere Beachtung.

Frankreich zieht natürlich aus dem weltpolitischen Wetterleuchten auf seine Art die Konsequenzen und steckt nicht nur immer neue Milliarden in den weiteren Ausbau seiner Land- und Seerüstung, sondern räumt auch der Militärfliegerei alle Kredite ein, „die sie brauche“, und rüstet den chemischen Krieg in einer Weise, die zu den üblichen Friedensbetuerungen Frankreichs in einem recht merkwürdigen Verhältnis steht. Hierdurch aber fühlen sich nicht nur die Deutschen und Italiener bedroht, sondern auch in England macht sich ein wachsendes Unbehagen vor den übersteigerten Rüstungen Frankreichs bemerkbar, wie das jetzt wieder aus einer Rede hervorgeht, die der englische Außenminister Henderson in Newcastle on Tyne über die englische Außenpolitik gehalten hat. Daß sich aber auch in Frankreich bereits einige Stimmen der Vernunft regen, ist sicherlich eine erfreuliche Feststellung, aber der Einfluß dieser Stimmen ist drüben in Frankreich leider so gering, daß sie in der praktischen Politik vorerst noch so gut wie wertlos sind. Dabei ist Leuten wie Herod gegenüber die größte Vorsicht am Platze. Seine Vorschläge an den Stahlhelm und an Hitler waren zu echt französisch, als daß sie als ein ehrliches Friedensangebot gewertet werden könnten. Immerhin verdient es alle Anerkennung, wenn ein Franzose wie Gustav Herod der französischen Zeitschrift „Revue des Deux Mondes“, die Deutschland als eine „unanständige Nation“ gebrandmarkt hatte, entgegentritt und in seiner „Victoire“ schreibt:

„Das deutsche Volk ist arbeitsam, diszipliniert, wunderbar für die Wissenschaften, die Musik und die Literatur begabt. Es besitzt schöne häusliche Tugenden, eine glühende Vaterlandsliebe und hochwertige militärische Qualitäten. Ich halte die deutsche Nation für eine der bestbegabten Europas. Wenn sie entfesselt ist, sieht sie rot, und in ihrem blinden Zorn ist sie fähig, alle möglichen Torheiten zu sagen und zu tun. Aber sind wir trotz der glänzenden Eigenschaften unseres Geistes und unseres Herzens immer Seilgese? Haben wir nicht die systematische Zerstörung einer ganzen deutschen Provinz, der Pfalz, auf dem Gewissen? Haben wir nicht mitten im Frieden in Deutschland den Herzog von Enghien festgenommen, um ihn in Vincennes erschießen zu können? War die Art und Weise, wie wir den spanischen Krieg unter Napoleon I. einleiteten, etwa erbauend. Haben wir, als wir am stärksten waren (unter Ludwig XIV. und Napoleon I.) nicht unsere Macht gebraucht und mißbraucht in einem Grade, daß ganz Europa gegen uns aufässig wurde?“

Sowelt Herod, der leider im übrigen noch immer an der Alkesschuld Deutschlands am Kriege festhält. Wir können zwar hoffen, daß auch in Frankreich noch einmal die Wahrheit und die Vernunft den Sieg davontragen, aber unsere Außenpolitik mit dieser Hoffnung in Schlaf zu fügen, das wäre eine Leichtfertigkeit, die wir vor den kommenden Generationen deutschen Geblütes nicht zu verantworten vermöchten.

In Deutschland klingen die Totenglocken. Zwei furchtbare Grubenunglücke haben über hunderte von deutschen Bergmannsfamilien unsägliches Leid gebracht. Fördertürme liegen in Trümmern. Stolz Gebäude sind eingestürzt. Tief unten im dunklen Schoße der Erde hielt der Tod eine grausige Ernte. Wieder einmal steht der moderne Mensch, der so stolz auf seine technischen Erfindungen ist, vor der niederstimmernden Erkenntnis, wie nichts doch all sein Können vor den göttlichen Gewalten der ewigen Schöpfung ist. Der Mensch plant, sinnt und trachtet, — Seiltürme ragen auf, Schächte gehen in die Tiefe, Räder surren, Feuer sprüht — und wiederum ist es der Mensch, der unter den Trümmern seines eigenen Schaffens jämmerlich zugrunde geht. Der technische Babelturm, der heute an die Stelle des alttestamentlichen Turmes von Babel getreten ist, fordert immer neue Opfer.

Erschüttert stehen wir vor dem unsäglichem Leid, das da tief unter der Erde durchlitten wurde, erschüttert auch vor dem Leid, das in hunderten von Bergmannswitwen, von klagenden Müttern und verwaisenen Kindern ausgelöst wurde. „Ach, Mutter, wenn die Glocken läuten, dann kehrt der Vater nimmer heim!“ Wer kennt es nicht, dieses alte Bergmannslied, und wem steht die Tragik dieses Liebes nicht in seiner ganzen Furchtbarkeit vor Augen, wenn er sich mit seinen Gedanken in die Trauerhäuser von Alsdorf und Friedrichsthal versetzt! Erschütternd und erhebend zugleich das Band der gemeinsamen Trauer, das ganz Deutschland mit den toten Knappen und ihren Hinterbliebenen verbindet!

Es widerstrebt uns, nach diesem grenzenlosen Jammer noch einen raschen Blick in eine ganz andere Welt zu werfen. Aber wir können nicht anders. Und so folge denn, was im Ullstein-Blatt „B. Z.“ über eine Mixonkurrenz (Konkurrenz im Mischen von Schnäpsen) berichtet wurde, die in einer Berliner Bar von Filmschauspielerinnen, Börsenjobbern u. dergl. veranstaltet wurde. Da heißt es im echten Kurfürstendamm-Stil:

„Nach dem neu aufgelegten, verbesserten und bereicherten Kanon der Mondanität kommt das Cocktailmixen ja wohl gleich nach Bridge, Dekobra, blauem Frack und künstlichen Augenwimpern. Nichtexperten der Flip- und Fizztrittelei erleben das angosturahrbe Voo, als Varias der jeunesse dorée zu gelten.“

Zur Erleichterung für die Wächter weltmännischer Tugenden scheinen aber die Mixmatadore in der Mehrzahl zu sein, so sehr, daß sie sich — wie die Recken des Romées, des Tangos — zu Konkurrenzen zusammentun, das Mixgenie aus ihrer Mitte zu erwählen.

In dem eleganten Boudoir des Kurfürstendamms fand sich eine Bar, groß genug, um allen Bewerbern und Bewerberinnen Gast- und Gastgeberrecht für die Dauer ihrer alko-alkhimistischen Versuche zu gewähren: aus Gin mach Goldwasser! Die Räume füllten sich mit all denen, die bereits am Nachmittag Virtuosen auf der Piktörorgel zu sein vermögen; und sie schenkten im Schüttelfrost des Mixiebers die silbernen Schnapsurnen. Tafeln an jedem Platz verkündeten wie Herolde, wie vieler Tröpfchen Gin und wie vieler Quentchen Médoc die lukullischen Getränke „Paule“ oder „Estramanoja“ zur Vollendung bedürfen.“

Welch eine Welt! Deutschland darbt und hungert, front und duldet, der deutsche Bauer bricht zusammen, der Unternehmer weiß nicht aus noch ein, der Mittelstand ist zerrieben, weit über drei Millionen Arbeitslose liegen auf der Straße — und in den Nachtlokalen der deutschen Großstädte schmeißt ein blut- und bodenredendes Parasitentum in den unglaublichen „Genüssen“. Ganz mit Recht bemerkt ein Zentrumsorgan, „daß es bei diesem Treiben so vieler Arbeitsloser anders aussah als auf einer Stempelstelle“.

Die deutschen Fahnen wehen auf Halbmaße. Es sind nicht nur die Opfer von Alsdorf und Friedrichsthal, die uns mit tiefem Schmerz erfüllen. Das Schicksal ganz Deutschlands lastet auf uns und drückt uns nieder. Wäre es nicht an der Zeit, daß endlich und unnachlässig mit Dingen ausgeräumt würde, die ein Hohn auf Deutschlands Not und eine Schande für Deutschlands schwerste Prüfungsjahre sind? —

Nationalsozialistische Experimente.

Es wird nicht ausbleiben, daß die Anträge der Nationalsozialisten nun kritisiert werden. Das ist nötig, um zur Klarheit zu kommen. Wir geben dieser ersten Auswertung Raum.

Die Schriftleitung.

Im Aufwärts Nr. 246 ist der Antrag der Nationalsozialisten auf „Enteignung der Bank- und Börsenfürsten“ bekanntgegeben. Dieser Antrag richtet sich vorwiegend gegen die jüdischen Volksgenossen in Deutschland. Gewiß, auch der oberflächlichste Beobachter des religiösen, politischen und wirtschaftlichen Lebens weiß, welcher unheilvolle Einfluß von einer gewissen jüdischen Presse und von dem internationalen jüdischen Großkapital ausgeht, und kein Vernünftiger wird dagegen sein, daß diese Einflüsse, soweit wie möglich, unterbunden werden, in gleicher Weise wie die Korruptionsercheinungen aus nichtjüdischen Kreisen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die etwa 6 1/2 Millionen nationalsozialistische Wähler mit dem Antrag einverstanden sind,

„das gesamte Vermögen der Bank- und Börsenfürsten, sowie der seit dem 1. August 1914 zugezogenen Ostjuden und der sonstigen Fremdstämmigen“ einschließlich ihrer Familien und Familienangehörigen entschädigungslos zu enteignen.“

Das wäre eine Verhöhnung des Gottesgebotes: Du sollst nicht stehlen! (das könnte man freilich auch von manchen Methoden sagen, mit denen diese Leute oft ihren Reichtum gewinnen. Die Schriftlitz.) und erinnert stark an die Methoden des Bolschewismus. Leute wie Barnat, Rutischer usw. können auch ohne solche Anträge auf Grund der bestehenden Gesetze unschädlich gemacht werden, aber wenn „alle Fremdstämmigen“ ihres Vermögens beraubt werden sollen, wie will man feststellen, wer reiner Germane ist und wer nicht? Durch die Völkerwanderungen,

Einfall der Hunnen, Ungarn usw. infolge der Kreuz-
züge, Religionskriege u. dergl. sind die Völker derart
durcheinander geworfen worden, daß wohl kaum ein
Volkstamm rassenrein geblieben ist. Z. B. sind bekannt-
lich durch die Aushebung des Edikts von Nantes im Jahre
1685 tausende französische Hugenottenfamilien nach
Deutschland geflüchtet und haben sich hier mit der Bevölke-
rung vermischt. Sind die Nachkommen solcher Familien
nun „Fremdstämmige“? Reines Germanentum mit
„blondem Haar und blauen Augen“ findet man in
Deutschland nur noch vereinzelt. Soll jetzt etwa bei allen
schwarzhaarigen und dunkelhäutigen Deutschen der
Stammbaum bis auf die Römerzeit daraufhin geprüft
werden, ob nicht Blut aus „fremdem Stamm“ in der
Familie ist?

Der Hatz macht blind, auch der Judenhatz. Ein gläu-
biger Christ weiß, daß das Volk Israel zur Zeit unter
dem göttlichen Gericht steht und ein „Fluch“ ist für alle
Völker, er weiß aber auch, daß „das Heil aus den Juden
kommt“ und daß Israel nach seiner Rückkehr ins Land
der Väter und seiner Bekehrung ein „Segen für alle
Völker“ sein wird. Zudem sind die abgefallenen religions-
losen Juden das eigentliche verderbliche Element, nicht
die frommen orthodoxen Juden. Ferner wird die Juden-
presse gerade durch die Nichtjuden unterstützt, denn wer
kauft und liest die Judenblätter?

Ein „Raub des gesamten Vermögens aller Fremd-
stämmigen“ ist einem christlichen Gewissen unmöglich.

Was würden übrigens die Nationalsozialisten sagen,
wenn die anderen Völker die eingewanderten Deutschen
oder die deutschen Minderheiten als „Fremdstämmige“
ihrer Güter berauben würden?

Der Antrag, die Reichsbank wieder der Reichsregie-
rung zu unterstellen, ist geradezu unsinnig. Wir wollen
Gott danken, daß die Reichsbank nicht mehr gezwungen
werden kann, auf Grund von Parlaments-Mehrheiten
oder Regierungsverordnungen die Notenpresse in Be-
wegung zu setzen oder die falschen Scheinwechsel des Reiches
zu diskontieren. Würde die Reichsregierung über die
Reichsbank bestimmen können, so würde sie alle Feh-
beiträge durch Reichsbanknoten decken und die Gold- und
Devisenbestände herausziehen. Eine neue Inflation wäre
dann unvermeidlich. (Ein Hausvater paßt die Haus-
haltsausgaben den Einnahmen an, die Regierungen im
Reich, Ländern und Gemeinden setzen erst die Ausgaben
fest und verlangen dann entsprechende Einnahmen. Eine
bequeme Methode, die aber nicht für den Staatsbürger
gilt.)

Ferner sollen nach dem vorerwähnten Antrag „alle
Kriegs-, Revolutions-, Inflations- und Deflationsgewinne
zu Gunsten der Allgemeinheit eingezogen werden“. Ob
die Antragsteller schon darüber nachgedacht haben, wie
man heute feststellen will, welcher Teil des noch vorhan-
denen Vermögens auf solche „Gewinne“ entfällt? Die
Kriegsgewinne der Industrie sind zum großen Teil in der
Inflation verschwunden, die Inflationsgewinne er-
geben sich vornehmlich aus den privaten und öffentlichen
Schuldverhältnissen. Den größten Inflationsgewinn hat
zweifelslos das Deutsche Reich gemacht, als es die rund
63 Milliarden Kriegsanleihe annullierte. Die privaten
Inflationsgewinnler, die sich durch Rückzahlung in wert-
losen Papiermark ihrer Schulden entledigt haben, wird
man wohl kaum noch packen können. Den Hausbesitzern
hat man den sogenannten Inflationsgewinn durch Son-
derauflagen (erhöhte Grundsteuer und Hauszinssteuer)
entzogen, außerdem hat man durch die steuerliche Sonder-
belastung den Altbesitz derart entwertet, daß bei einem
Verkauf 30–50 Prozent des Friedenswertes eingebüßt
werden.

Die Revolutions- und Deflationsgewinne wird wohl
kein Finanzamt ermitteln können.

Schließlich wird jeder Nationalsozialist auch In-
flationsgewinne gemacht haben, besonders in den Jahren
1919–1921, wenn er z. B. unter der Herrschaft des
Rechtsgrundgesetzes Mark = Mark im Laden einen Gegen-
stand weit unter dem Wiederbeschaffungspreis erlangt.

Westfälische Arbeitswoche für Erwachsenenbildung.

Vom 26. September bis 2. Oktober fand im Franz
Sijze-Haus zu Paderborn die erste Woche dieser Art in
der Provinz Westfalen statt. Im Auftrage des Preu-
ßischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volks-
bildung wurde sie von dem Landeshauptmann der Pro-
vinz Westfalen, der Deutschen Schule für Volksforschung
und Erwachsenenbildung in Zusammenarbeit mit den
vier westfälischen Heimvolkshochschulen Franz Sijze-Haus,
Lienen, Vindenhof und Wistade durchgeführt. Die etwa
50 Teilnehmer, die bis auf einige alle aus Westfalen
kamen, waren nicht nur hauptsächlich oder nebenamtlich
Beschäftigte der Volkshochschule, sondern auch Menschen,
die an irgendeiner Stelle mit der Erwachsenenbildung zu
tun gehabt oder von ihr gehört hatten. Das war das Er-
freuliche dieser Woche, daß nicht nur „Fachleute“ zugegen
waren, sondern auch Menschen verschiedener Berufe, be-
sonders Lehrer aller Art und Pfarrer. Am ersten Tage,
während der Begrüßung, konnte man feststellen, mit
welch großem Interesse auch die Behörden Anteil an der
Woche nahmen. Landesrat Dr. Zuhorn-Münster, Vize-
präsident Dr. Settlage-Münster, Oberregierungsrat
Prof. Wenz-Minden und nicht zuletzt Ministerialrat
Beder-Berlin brachten die besten Wünsche ihrer Behörden
für den Verlauf der Arbeitswoche. Besonders erfreulich
war, daß es sich eben nicht um offizielle Begrüßungen
handelte, sondern daß man merkte, hier sind Menschen,
die im Innersten ahnen und wissen, worum es in der
Volksbildungsarbeit geht.

Diese Woche sollte der Versuch einer Einführung „in
die Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung unter
Berücksichtigung der westfälischen Verhältnisse“ sein. Der
Versuch ist gelungen und gab Mut zu neuen und ähnlichen
Wochen in Westfalen. Da der Kreis der Teilnehmer, wie

schon gesagt, der Arbeit noch neu gegenüberstand, mußte
erst einmal über „den Stand der Erwachsenenbildungs-
arbeit in Deutschland“ (Geschäftsführer Dr. Laach-Berlin)
und über die „Erwachsenenbildungsbestrebungen in der
Provinz Westfalen“ (Volkshochschulleiter L. Refe-Wis-
lade) berichtet werden, um gewisse Grundlagen für spätere
Erörterungen zu schaffen. Aber schon in diesen Vor-
trägen klangen grundsätzliche und beurteilende Töne hin-
durch. Alle anderen Vorträge stellten mehr oder weniger
Fragen der grundsätzlichen Haltung oder Lage heraus.

Ob das nun vom Staat oder Volk aus gesehen war
(Ministerialrat Beder: Das Interesse des Staates an der
Erwachsenenbildungsarbeit) oder vom Lehrer (Dr. Heinen-
Paderborn: Methode, Lehrgut und Lehrerpersönlichkeit
in der Volksbildungsarbeit), oder von der praktischen
Arbeit in der Abendvolkshochschule (Dr. Hammelsbeck-
Saarbrücken: Zur Praxis der Abendvolkshochschule), im
Volkshochschulheim (P. Wörmann-Vindenhof: Zur Praxis
der ländlichen Volkshochschularbeit) und in der Bücherei
(Dr. Ungermann-Hagen: Theorie und Praxis der öffent-
lichen Bücherei in Kleinstadt und Land), oder an einer
praktischen Frage gezeitigt wurde (Rektor Hahfeld-Pader-
born und Dr. Rein-Düsseldorf: Musikpflege und Volks-
bildung), immer wieder ging es im letzten um die Frage:
Was ist und will die Volksbildung? Es waren wohl ver-
schiedene Antworten und doch inhaltlich nur eine An-
wort. Volksbildung will dem Menschen, da wo er steht
in seiner Not, helfen, helfen, daß er in der „sich täglich
verändernden Lage sich zurechtfindet“. Der Volksbildner
soll ihn „zurechtweisen“, d. h. auf den rechten Weg weisen,
nun aber nicht „durch Wissenschaft oder Wissen“, sondern
durch wirkliches Leben und das geht nicht um „wie ist
das Ding?“, sondern um „soll ich oder soll ich nicht?“
Deshalb ist „das gesamte Leben Lehrgut der Volkshoch-
schule“ und nicht irgendwelche „Stoffe“. Und wenn
schon einzelne Stoffgebiete, dann aber von ihnen immer

führt er sich verpflichtet, der Allgemeinheit diesen Ge-
winn zur Verfügung zu stellen?

Dann sei noch die Frage erlaubt, ob auch die Kriegs-,
Revolutions-, Inflations- und Deflations-Verluste
von der Allgemeinheit ersetzt werden? Fast jedem In-
flationsgewinnler steht ein Inflationsverlustler gegen-
über, der das erste Anrecht auf Wiedergutmachung hätte,
nicht die „Allgemeinheit“.

Ein weiterer nationalsozialistischer Antrag geht dahin,
sämtliche Deutsche, welche Vermögen im Ausland angelegt
haben, als Landesverräter anzusehen und zu bestrafen.
Da wird man die Leiter aller größeren Firmen der In-
dustrie, des Handels, der Schifffahrt usw. einsperren
müssen, denn es gibt wohl kaum ein maßgebendes deut-
sches Unternehmen, das nicht über Auslandsguthaben ver-
fügte, sei es in Form von Warenforderungen, Bankgutha-
ben, Warenlagern usw. Sogar die deutsche Regierung
besitzt ein Guthaben in der Schweiz, und zwar bei der
Internationalen Reparationsbank in Basel, die Minister
müßten also auch hinter Schloß und Riegel. Wenn ein
deutscher Sparer, nachdem er von den Sparkassen, Ban-
ken und Lebensversicherungsgesellschaften betrogen wor-
den ist, zu diesen Instituten kein Vertrauen mehr hat, so
kann man das nicht als „Landesverrat“ ansehen. „Ge-
branntes Kind scheut das Feuer“.

Jedem ist wohl mindestens ebensoviel ausländisches
Kapital in Deutschland angelegt, wie deutsches im Aus-
land. Würde Deutschland Auslandsguthaben verbieten,
was praktisch einer Lahmlegung der gesamten Aus- und
Einfuhr gleichkäme, so würden die übrigen Staaten, vor
allem Amerika, mit den gleichen Maßnahmen antworten
und alle Amerikaner, die Geld in Deutschland angelegt
haben, als „Landesverräter“ bestrafen.

Wer ausländische Erzeugnisse kauft, „verschleibt“ auch
indirekt „Geld ins Ausland“, wäre also auch ein „Landes-
verräter“.

Zum Schluß sei noch der Antrag auf „Brechung der
Zinsknechtschaft“ erwähnt. Im allgemeinen wollen die
Nationalsozialisten nichts vom Alten Testament wissen,
sie höhnen über den „Judengott“, aber in diesem Falle
berufen sie sich auf 3. Mose 25, 35 und 36.

„Wenn dein Bruder verarmt und neben dir ab-
nimmt, so sollst du ihn aufnehmen als ein Fremd-
ling oder Gast, daß er lebe neben dir. Du sollst
nicht Zinsen von ihm nehmen, noch Wucher, sondern
sollst dich vor deinem Gott fürchten, auf daß dein
Bruder neben dir leben kann. Denn du sollst ihm
dein Geld nicht auf Zinsen leihen noch deine Speise
auf Wucher austun.“

Sier ist die Rede von einem Darlehen an einen „ver-
armten Bruder“. Wenn aber jemand sein mühsam er-
spartes Geld zur Sparkasse bringt oder sich still an einem
Unternehmen beteiligt oder Aktien und Wertpapiere
kauft, so sind das keine „verarmten Brüder“, sondern
das Kapital wirkt produktiv bei den Sparkassen zur Er-
stellung von Wohnungen, in der Industrie in Form von
Maschinen und Waren, im Handel als Ware. Es wäre
absurd, zu verlangen, daß die Sparkassen keinen Zins
mehr geben und die Aktiengesellschaften keine Dividende
mehr ausschütten, denn letztere ist auch ein Zins unter
anderem Namen. Es wäre auch eine Ungerechtigkeit,
wenn der stille Teilhaber, dessen Geld im Betriebe als
Maschine mitarbeitet und Werte schafft, oder der Hypo-
thekengläubiger, mit dessen Geld das Haus gebaut wird,
von jedem Gewinn ausgeschlossen sein sollten. Schließlich
sind auch die Alters- und Invalidenrenten, sowie die Pen-
sionen der Beamten zum Teil Zinsen in anderer Form,
denn praktisch läuft es auf das gleiche hinaus, ob ich das
Geld in eine Pensionskasse einlege oder zur Sparkasse
bringe. In beiden Fällen wünsche ich eine Verzinsung
des Sparkapitals bzw. Anrechnung der Zinsen auf die
Rente oder Pension. Die Anleihen des Reiches, der
Länder und Gemeinden würden wohl ein großes Risiko
erleben, wenn sie zinsfrei gestellt würden, Sparkassen,
welche die Zinszahlungen einstellten, würden wohl keine
Einlagen mehr erhalten. Die Aktien, welche durch jahre-

langen Fleiß ein kleines Kapital zusammengespart
hätten, würden um die Früchte ihrer Arbeit gebracht und
fielen schließlich der Wohlfahrtspflege anheim, sobald das
Kapital aufgezehrt wäre. Die Baugenossenschaften, die
zinslose Darlehen versprechen, werden über kurz oder
lang ihre Geldgeber enttäuschen. Die Glücklichen, welche
die ersten Zuteilungen erhalten, sind hochbefriedigt, aber
„den letzten beißen die Hunde“.

Natürlich soll einer eigentlichen Zinsknechtschaft nicht
das Wort geredet werden. Nach dem alten Strafgeset-
buch wurde ein Zinsfuß über 6 Prozent als Wucher an-
gesehen und bestraft. Warum geht man nicht auf diese
Vorschrift zurück?

Zu dem Bodenreformprogramm ist nur noch ganz kurz
zu bemerken, daß eine entschädigungslose Enteignung
Diebstahl ist. Kleinere und mittlere Gemeinden können
heute Siedlungsland in Hülle und Fülle zum Teil unter
Friedenspreis kaufen. Die Großstädte haben kein Inter-
esse daran, das Land zu entvölkern und das Proletariat
zu vergrößern. (Weshalb hindern sie das aber nicht mehr?
Die Schriftleitung.) Sch. D.

Aus der Arbeit des Reichstages.

Ein wichtiger Antrag des Christlich-sozialen Volks-
dienstes in Sachen der Tribulanten wurde in der
letzten Reichstagsitzung dem Auswärtigen Ausschuss
überwiesen; er hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichs-
regierung zu ersuchen, baldmöglichst in Verhand-
lungen über eine Revision des Youngplans mit
den an demselben beteiligten Mächten einzutreten,
und alle innerpolitischen Maßnahmen zu treffen,
die für den Erfolg nötig sind.“

Man darf annehmen, daß der Antrag bereits in diesen
Tagen im Auswärtigen Ausschuss behandelt wird.

Der Reichstag nahm am 18. 10. einstimmig auf An-
regung D. Mumms folgenden Antrag des Christlich-soz.
Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei an:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichs-
regierung zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichs-
tag ein Reichsrentnerversorgungsgesetz vorzulegen.“

Der Entwurf eines Gesetzes über den Schutz der
Jugend bei Lustbarkeiten wurde als Antrag
des Christlich-soz. Volksdienstes und der Konservativen
Volkspartei (D. Mumms, Simpfendorfer, v. Vinde-
Wilde) dem Reichstage eingereicht.

Wahlen am Sonntag.

Eine der mancherlei unerfreulichen Neuerungen, die
seit 1918 über unser deutsches Vaterland gekommen sind,
ist die Einrichtung, die Wahlen für kommunale und staat-
liche Körperschaften am Sonntag vorzunehmen. In
einer Zeit der Arbeitslosigkeit bzw. weitgehender
Arbeitskürzung ist der angeführte Grund nicht mehr zu-
treffend, daß nur am Sonntag den Wählern genügend
Zeit zur Verfügung stehe, ihr Wahlrecht auszuüben. Es
ist wohl an der Zeit, daß die Kirche und alle kirchlich
Gezogenen diese Sache einmal aufnehmen und darauf hin-
wirken, diesen Mißstand endlich wieder zu beseitigen, im
Blick auf die Sonntagsheiligung überhaupt und nicht
zum wenigsten im Blick auf die zahllosen Mitglieder der
Wahlkomitees in Stadt und Land, die auch während der
Gottesdienststunden vielfach im Wirtshaus ihres Amtes zu
walten haben. Bei der heutigen Arbeitsknappheit kön-
nen wir es uns durchaus leisten, die Wahlen wieder in
der Woche vorzunehmen und den Wahltag als einen
arbeitsfreien (selbstverständlich auch alkoholfreien) öffent-
lichen Feiertag zu gestalten. Auch das sollte endlich all-
gemein durchgeführt werden, daß die Wahlen nirgends
mehr in Wirtshäusern abgehalten werden dürfen.

Ernst Feilcke, Schönebeck b. Lüneburg.

wieder „vorstehen zur Lebenswirklichkeit“! Letztlich geht
es um das Ziel: „Der Mensch muß anders werden!“
Volksbildung wird darum immer irgendwie „gebunden“
sein und muß nicht nur „in der Gegenwart“ und „am
Ort (Heimat)“ wurzeln, sondern auch an der Stelle „schich-
tschasthafter Weltanschauung“, an der wir stehen. Den
Auftrag zu solcher Arbeit hat Gott uns gegeben. Wir
versuchen nun in aller Demut und voll Vertrauen sie zu
tun, mit den Menschen zusammenleben, um „Volk zu
erfahren“. Dann kann und muß „Volksbildung zur
Volksbildung“ führen. Das ist nicht Romantik, Ver-
ganges, sondern Gegenwärtiges und Zukünftiges.

Die Vorträge und Aussprachen waren umrahmt von
vielen Einzelgesprächen, gemeinsamen Besichtigungen
(Externsteine, Paderborn) und geselligem Beisammens-
sein (Singen, Vorlesen, Märchen erzählen). Der Sonntag
führte uns nach Rietfeld, wo wir die praktische Volks-
bildungsarbeit eines Volkshochschullehrers in seinem Dorfe
bewundernd kennen lernten. Das in der geistigen Arbeit
Gefundene wurde praktisch im Zusammenleben erprobt!
Wir haben eine gemeinsame Form der Mahlzzeiten (Tisch-
gebet) im Laufe der Tage gefunden und haben auch wohl
erlebt, glaube ich, daß zum „Volk sowohl der Individu-
alismus als auch der Sozialismus, sowohl der Katholi-
zismus als auch der Protestantismus“ gehört. Den schon
in der Arbeit Stehenden gab die Woche neue Anregungen,
den vor der Arbeit Stehenden den Entschluß in sie zu
gehen und beiden das Wollen, gemeinsam weiterzu-
arbeiten.

Der Bericht darf nicht abschließen, ohne ein recht herz-
liches Dankeswort an den Leiter des Heimes, das uns
beherbergte, Dr. Anton Heinen. Er gab der Woche im
wesentlichen das Gepräge. Er war, was wir noch wer-
den möchten, ein echter Volksbildner, der Menschen, jung
und alt, aus ihren Nöten helfen kann in großer Geduld
und liebevoller Güte! L. Refe, Wistade.

— Berlin,
Arbeitsministe-
Reichsarbeits-
tretungen der
ner Metallind-
enden:

„1. Die Arb-
gen wieder
dieses Streik-

2. Die Er-
tober behand-
einer Schlicht-
leischen, die
mit den Part-

3. Die Ver-
möglichst bald-
sens in der e-
ist endgültig.

Am Mittw-
men wegen A-

Die 3
Entsagen des
Dr.

Im Pr-
frawalle in
Landwirtschaft
über die Not
verfeigerunge

Städte

Eine G-
Der Ge-
grüßt grund-
rung als ein
öffentlichen

Er stellt
gramm für d-
sorge schwer
nunsjahre k-
möglichkeiten
Halle einen k-
beden. Auch d-
keine Entlast-
sondern bebed-
10 000 Einw-

Sofortig
meinen seien
Dasu gehöre
günstigere Zi-
mittleren un-
gabenentfaltung

Auß

Kindwärtiger

Das Re-
und besaße
führung des
lich sind. Ma-
situngen fast
Zeit für die
Freitag und
den Ländere-

Mit gro-
handlungen d-
Mittwoch ent-
Ausschuss ber-
tagi, doch ist
worden, nach-
Debatte über
schließen wor-
erledigten Te-
nämlich die
eines Rechlun-
gen und auf
bestimmungen
ziehen.

Man ern-
schen der Reg-
Politik. Der
werden auch
minister beim-

von Dr. Sch-
Im weite-
die Vereinigt-
a. D. Dr. Sch-
Vereinigten G-
zurück.

Die deut-
Dr. Schacht
veröffentlichte
ursache in de-
genwärtig sei-
um die Repu-
Deutschlands
Da das n-mö-
gen abgefal-
gegenwärtigen
teilung der

Einigung im Berliner Metallkonflikt.

Berlin, 28. Oktober. Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald fanden am Dienstag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Berliner Metallindustrie statt, die mit folgender Vereinbarung endeten:

1. Die Arbeit wird sofort unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streikes finden nicht statt.

2. Die Entscheidung der im Schiedspruch vom 10. Oktober behandelten Fragen erfolgt durch Schiedsgericht einer Schlichtungsstelle. Sie besteht aus drei Unparteiischen, die vom Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit den Parteien ernannt werden.

3. Die Verhandlungen vor der Schlichtungsstelle sind möglichst bald zu beginnen. Die Entscheidung hat spätestens in der ersten Woche des November zu erfolgen und ist endgültig.

Am Mittwoch setzen sich die Betriebsräte mit den Firmen wegen Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung.

Die Zwangsversteigerungen.

Gutachten des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Dr. Brandes im Landvolkprozeß.

Königsberg, 29. Oktober.

Im Prozeß wegen der Zwangsversteigerungsformale in Ostpreußen erstattete der Präsident der Landwirtschaftskammer, Dr. Brandes, ein Gutachten über die Not des Ostens und den Umfang der Zwangsversteigerungen.

Städte für Aufgabenabbau!

Eine Entschließung des Reichstages.

Der Gesamtvorstand des Reichstagesbundes begrüßt grundsätzlich den Finanzplan der Reichsregierung als einen wichtigen Schritt zur Gesundung der öffentlichen Finanzen.

Er stellt jedoch mit Beforgnis fest, daß das Programm für die durch die Wohlfahrtsverbände für die schwer bedrängten Gemeinden im laufenden Rechnungsjahre keine Hilfe vorsieht. Die neuen Steuerermäßigungen der Notverordnung könnten im günstigsten Falle einen Bruchteil des gemeindlichen Mehrbedarfs decken. Auch die Neuordnung der Kreisfinanzverhältnisse bringt keine Entlastung für die Gesamtheit der Gemeinden, sondern bedeutet für viele, besonders für die unter 10 000 Einwohner, eine Verschlechterung ihrer Lage.

Erforderliche Maßnahmen des Reichs für die Gemeinden seien daher ein dringendes Gebot der Stunde. Dazu gehören auch weitgehende Arbeitsbeschaffung durch günstigere Finanzierung von Notstandsarbeiten in den mittleren und kleinen Städten und für 1931 Ausgabenreduzierung durch Aufgabenabbau.

Außenpolitische Debatte.

Auswärtiger Ausschuss prüft die Tributfragen. — Täglich Kabinettsitzung.

Das Reichskabinett hielt eine neue Sitzung ab und beschäftigte sich mit den 30 Gesetzen, die zur Durchführung des Finanz- und Wirtschaftsplans erforderlich sind. Man nimmt an, daß jetzt täglich Kabinettsitzungen stattfinden werden, weil es nunmehr höchste Zeit für die Fertigstellung der Einzelgesetze ist. Am Freitag und Sonnabend finden Verhandlungen mit den Landesregierungen statt.

Mit großem Interesse sieht man auch den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses am heutigen Mittwoch entgegen. Bekanntlich hat der Auswärtige Ausschuss bereits am Montag vergangener Woche tagt, doch sind damals die Beratungen abgebrochen worden, nachdem der erste Beratungsgegenstand, die Debatte über die Genfer Völkerbundsatzung, abgeschlossen worden war. Jetzt kommen die noch nicht erledigten Teile der Tagesordnung an die Reihe, nämlich die Vorschläge, die sich auf die Einleitung eines Zahlungsabkommens für die Young-Verpflichtungen und auf die Revision der Versailler Vertragsbestimmungen, insbesondere der Wehrbestimmungen, beziehen.

Man erwartet lebhaft Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Gegnern der offiziellen Politik. Der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses werden auch der Reichskanzler und der Reichsaußenminister beiwohnen.

Abschaffung der Tribute

Von Dr. Schacht in einem neuen Vortrag geäußert. Im weiteren Verlauf seiner Vortragsserie durch die Vereinigten Staaten führte Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht in Chicago die Wirtschaftskrise der Vereinigten Staaten auf die deutsche Wirtschaftslage zurück.

Die deutsche Wirtschaftskrise wiederum, so fuhr Dr. Schacht nach dem von amerikanischen Zeitungen veröffentlichten Auszug seiner Rede fort, habe ihre Ursache in der derzeitigen Reparationsregelung. Gegenwärtig sei Deutschland bis an die Grenzen des Möglichen bestraft. Eine Erhöhung der Steuerlast, um die Reparationen bezahlen zu können, müsse Deutschlands Wirtschaft auf das schwerste gefährden. Da das unmöglich sei, müßten die Reparationszahlungen abgesetzt werden. Nur die Befreiung der gegenwärtigen Reparationslast sei geeignet, die Heilung der Weltwirtschaft herbeizuführen.

Die besondere Not Ostpreußens, so betonte Präsident Brandes, wurde in der Zweiteilung Deutschlands durch den polnischen Korridor. Wirtschaftlich am schlechtesten stünden die Kreise Weßlau, Dieke und Bistaffeln. Was die Zwangsversteigerungen betreffe, seien im ersten Vierteljahr 1930 in Preußen 448 Zwangsversteigerungen ländlicher Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 34 000 Hektar versteigert worden, davon entfielen auf Ostpreußen ein Drittel.

Vom Januar bis August 1930 seien in Ostpreußen 420 Versteigerungen mit 25 000 Hektar durchgeführt worden, womit ein Gebiet in der Größe der Rheinländer Heide den Besitzern gewechselt habe. Von diesen Zwangsversteigerungen entfielen auf Grundstücke bis 2 Hektar 19 Prozent, 2—5 Hektar 15 Prozent, 5—20 Hektar 20 Prozent, 20—50 Hektar 14 Prozent, 50—100 Hektar 11 Prozent, 100—200 Hektar 11 Prozent, über 200 Hektar 7 Prozent.

Auf die Frage der Vorstehenden, ob denn Versteigerungsausbrüche der Bauern auf Grund der Notlage erfolgen müßten, antwortet der Sachverständige:

„Ich habe schon vor Jahr und Tag gesagt, wenn diese Politik fortgesetzt wird, dann gibt es die aller schlimmsten Erschütterungen. Die Reichs- und Staatshilfe kam vielfach zu spät. Mancher Zusammenbruch hätte vermieden werden können, wenn die Behörden schon früher an eine Zwangslage Ostpreußens geglaubt hätten.“

Die Notlage war so groß, daß ich auf solche Explosionen schon lange gefaßt war. Ich bin auch heute der Auffassung, daß dies, wenn es so bleibt, nicht der letzte Bauernprozeß sein wird.“

Ein weiteres Gutachten erstattete Professor Dr. Lang von der Universität Königsberg. Der Gutachter erklärte, als die Not größer geworden sei, seien die Reichs- und Staatsbehörden sofort zusammengetreten. An gutem Willen habe es nicht gefehlt.

„Baden“ Kapitän ohne Schuld.

Ausführlicher Bericht der deutschen Gesandtschaft. — Ungeklärte Lage in Brasilien.

Berlin, 29. Oktober.

Die von der deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro nach der Beschießung der „Baden“ eingeleitete Untersuchungskommission hat ihre Arbeiten beendet. Das Ergebnis der Untersuchung war die Feststellung der völligen Schuldlosigkeit des Kapitäns Rollin! Sobald in Brasilien eine Klärung der staatsrechtlichen Verhältnisse eingetreten ist, wird die deutsche Gesandtschaft weitere Schritte unternehmen.

Dem Auswärtigen Amt sandte die Gesandtschaft einen ausführlichen Bericht über die Einzelheiten der Beschießung. Danach hat Kapitän Rollin beim Verlassen des Hafens Rio wie vereinbart, dem Fort Santa Cruz ein dreimaliges Pfeifensignal gegeben und das Fort mit der Flagge begrüßt. Die Pfeifensignale sind deutlich an Land vernommen, und

der Flaggenruf ist vom Fort erwidert worden! Damit ist der anfängliche Einwand der brasilianischen Behörden, die „Baden“ habe keine Ausfahrtserlaubnis gehabt, der nicht die Flagge gezeigt, einwandfrei widerlegt!

Kurz nach dem Austausch der Flaggenrufe fiel vom Fort ein blinder Schuß, dem ein Flaggensignal folgte, dessen Entzifferung die Anweisung ergab: „Mit Ruder nicht durchkommen“. Wegen des unverständlichen Inhaltes glaubte der Kapitän, dieses Signal nicht auf die „Baden“ beziehen zu müssen und setzte die Fahrt fort. Das Fort soll nunmehr weitere Warnungsschüsse und zwei bis drei scharfe Schüsse abgegeben haben, doch hat der Kapitän der „Baden“ nichts davon bemerkt.

Als die „Baden“ darauf im Sonnenuntergang bis auf 200 Meter an das Fort heranging, um etwaige weitere Signale besser verstehen zu können, fiel ohne jede Warnung der verhängnisvolle Schuß der Küstenbatterie, durch den der Hintermast über Bord geworfen, 20 Personen — darunter drei Deutsche — getötet und 40 — darunter sechs Deutsche — verletzt worden sind.

Was die allgemeine Lage Brasiliens betrifft, sind die Verhältnisse nach dem Bericht der Gesandtschaft völlig undurchsichtig. Es haben sich Gruppen gebildet, deren Führer sich einander die Vorherrschaft streitig machen.

Meuterei in Rio.

Die Revolution neu entzündet. — Barrikadenkämpfe in den Straßen.

Neuport, 29. Oktober.

Die Revolution in Brasilien ist erneut entzündet! In Rio de Janeiro meuterte die Militärpolizei, der sich einige Infanteriebataillone und einige Abteilungen Kavallerie anschlossen. Die Militärjunta setzte Truppen gegen die Meuterer ein, die in den Straßen Barrikaden errichteten und nach heftigem Kampf die Bewegung unterdrückten. Nach diesen Kämpfen, bei denen es über hundert Tote und Verwundete gegeben haben soll, zogen sich die Aufständischen in die Kasernen zurück, wo sie unter Feuer genommen wurden. Der provisorische Präsident Vargas will nunmehr mit seinen Truppen in Rio einziehen. Die Flotte ist unter Führung des Admirals Belford nach Rio zurückgekehrt und nahm gegen Vargas Partei.

* Von den in der Bukarester Spionageaffäre verhafteten 150 Personen sollen etwa 60 in Haft behalten werden. Ein gerichtliches Verfahren wird zunächst gegen 37 Personen eingeleitet werden, während zehn an der Affäre beteiligte Ausländer sofort ausgewiesen werden sollen.

Der Ragbachdamm gebrochen.

Schwere Heimsuchung Niederschlesiens. — Unermessliche Wasserschäden. — Teilweise Vernichtung der Ernte.

Wienitz, 28. Oktober.

Die Ueberschwemmungen in Schlesien haben sich zu einer Katastrophe größten Ausmaßes ausgewachsen. In Alt-Siedern ist am Dienstag der Ragbachdamm gebrochen! Die Wassermassen stürzten mit rasender Schnelligkeit und ungeheurer Gewalt ins Land.

Der Damm hinter der Schleuse, der den gewöhnlichen Wasserspiegel der Ragbach um etwa 6 Meter überragt, war in den Abendstunden des Vortags untergraben worden. Das Wasser hatte tiefe Risse in den Dammrand gegraben. Da man bereits in der Nacht zum Dienstag einen Dammbrech befürchtete, wurde die Feuerwehr alarmiert.

Mit vereinten Kräften wurden die Risse mit Sandfäden ausgefüllt, doch spülte die Wucht des Wassers die Sandfäden weg. Das Wasser stürzte den Damm hinunter und setzte Alt-Siedern vollständig unter Wasser.

Das Bobertal — ein See.

Im Löwenberger Kreis kürzte der Rober gewaltige Wassermassen donnernd zu Tal, die Jänne, Hausgerät und Tierkadaver mit sich führten. Jetzt bildet das ganze Bobertal einen einzigen, langgestreckten See, aus dem einzelne Gehöfte als einsame Inseln hervorstechen.

Die Bahnstrecke nach Hirschberg ist bei Gernau vom Hochwasser zerstört worden. Das Dorf Nieder-Oberrissen bietet ein

grauenhaftes Bild der Zerstörung.

Alle Gärten und Felder sind vernichtet, zahlreiche Gebäude untergraben und dem Einsturz nahe. Die vom Wasser eingeschlossenen Bewohner verleben in den obersten Stockwerken ihrer Häuser eine bange, kalte Nacht. Der besonders in Oberrissen betriebene Gemüsebau ist auf Jahre hinaus durch die Überschwemmung des Bodens vernichtet. Aus fast allen anderen Gemeinden des Kreises liegen ähnliche Meldungen vor.

Die Talsperre Mauer hatte Dienstagfrüh 10 Uhr 37,5 Mill. Kubikmeter Wasser. Der Zufluß beträgt jede Sekunde jetzt 320 Kubikmeter Wasser, der Abfluß 200. Wenn die Regenfälle weiter in dem Maße anhalten, dann ist damit zu rechnen, daß bald die Talsperre, deren Fassungsvermögen 50 Millionen Kubikmeter beträgt, gefüllt ist und der Ueberlauf in Tätigkeit tritt.

Der Kreis Sagan

wurde ebenfalls schwer heimgesucht. Außer dem Rober führt dort auch der Queis Hochwasser. Weite Strecken sind überflutet. Die Schiffsbrücke bei Bergisdorf ist von den Fluten fortgerissen. In Sagan ist ein Regelfeld des Rober von über 3 Meter festgestellt, ein starker Windbruch wird von der Heide gemeldet.

Im Kreise Tschernburg

stehen die Orte Streibsdorf, Louisdorf und Teichhof vollkommen unter Wasser und sind von der Außenwelt abgeschnitten. Zur Zeit sind die Pioniere aus Glogau damit beschäftigt, eine Verbindung mit den Orten herzustellen. Die Große Schwärze hat in ihrem Mittellauf alle Ländereien überflutet. Die Ernten und Saaten in den drei genannten Orten sind vernichtet.

Talsperren laufen über.

Die Talsperren von Mackliffa und Goldentraum sind gefüllt und laufen über. Der Abfluß beträgt zur Zeit aus beiden Sperren 100 Kubikmeter in der Sekunde. Im Kreis Goldberg-Haynau steigt die Deichsel rasend schnell und überflutet Straßen, Höfe und Ställe. Das Vieh mußte nach den höheren Stellen geschafft werden.

Auch die Oder führt Hochwasser.

Die Oder führt ebenfalls starkes Hochwasser, besonders im oberen Teil. Das Observatorium Krieteren meldet weitere außergewöhnlich kräftige Niederschläge. Aus dem Hochgebirge wird orkanartiger Sturm gemeldet. Auch im Flachland sind vielfach Übers bis zu 100 Kilometer Stundengeschwindigkeit aufgetreten.

Eisenbahnunglück

bei Ulm.

Stuttgart, 28. Okt. Um 19.30 Uhr stieß zwischen den Bahnhöfen Giengen an der Brenz und Herbrechtingen auf der Strecke Ulm—Aalen der Leichtgüterzug Nr. 8566 mit einem Leerpersonenzug auf freier Strecke zusammen. Von dem Güterzug wurden ein Schaffner leicht und der Lokomotivführer schwer verletzt, von dem Leergüterzug wurden ein Schaffner und der Lokomotivführer getötet, der Heizer schwer verletzt. Die Verwundeten wurden sofort dem nächsten Krankenhaus zugeführt. Der Hilfszug war um 21 Uhr an der Unfallstelle.

Aufbruch in Formosa.

200 Japaner auf Formosa getötet?

Tokio, 29. Okt. Auf der Insel Formosa haben die japanischen Truppen am Dienstag einen Generalangriff auf die Australischen unternehmen. Mehrere Hundert Australische wurden gefangen genommen und entlassen. In Tokio laufen Gerüchte um, daß in den letzten 36 Stunden auf Formosa etwa 170 bis 200 Japaner getötet worden seien, darunter 20 Schüler. Der Generalgouverneur von Formosa hat alle Vollmachten zur Wiederherstellung der Ruhe erhalten.

Reichskabinetts und Osthilfe.

Wird der Vollstreckungsschutz verlängert? Bei den letzten Beratungen des Reichskabinetts über die Osthilfe handelte es sich u. a. um die Frage, ob die Antragsfrist für den Vollstreckungsschutz, die am 31. Oktober abläuft, verlängert werden sollen.

Die Bedenken richten sich dagegen, daß die Verlängerung den Anschein eines Moratoriums erwecken und kreditkürzend wirken könnte. Andererseits haben sich die betroffenen Gebiete sehr stark für die Verlängerung eingesetzt. Eine weitere Frage ist die räumliche Ausdehnung der Dithilfe auf ganz Pommern, Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin, Brandenburg und Niederschlesien. Ein Vorschlag des Reichsministers Treviranus geht dahin, auf Grund des Reichsgesetzes über die Arbeitslosenversicherung und der Kürzungsverordnung im Dithilfe-Gebiet Unterstützungsempfänger in größerem Umfang zu Meliorationsarbeiten heranzuziehen. Der Minister hat für diesen Zweck sechs Millionen Mark aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge angefordert.

Veränderungen im Strafvollzug.

Ausdehnung des Strafvollzugs in Stufen auf ganz Preußen.

Der preussische Justizminister Dr. Schmidt hatte mit dem Präsidenten der Strafvollzugsämter eine Besprechung über Maßnahmen zur Verbesserung des Strafvollzugs.

So wurde der Plan erörtert, die Strafvollzugsverwaltung der kleineren Oberlandesgerichtsbezirke, in denen bisher die Generalstaatsanwälte gleichzeitig Präsidenten der Strafvollzugsämter sind, den größeren Bezirken anzuschließen und den hauptamtlichen Präsidenten dieser Bezirke zu übertragen.

Weiterhin ist geplant, die vor einem Jahr im Kammergerichtshof verabschiedete neue Bestimmung über den Strafvollzug in Stufen auf ganz Preußen auszuweiten und hierbei eine neue Einteilung der Gefangenen in Klassen vorzunehmen. Der Plan ist so gedacht, daß die neueren Anstalten soweit als möglich ausgenutzt und dafür ältere Anstalten entbehrlich gemacht werden.

Auf dem Gebiete des Arbeitswesens ist an eine vom gewerblichen Mittelstand bekämpften — Erweiterung der staatseigenen Betriebe gedacht.

Schließlich kamen noch Maßnahmen gegen die Entweichungen aus den Anstalten und Pläne für eine bessere Auswahl und Fortbildung der Strafvollzugsbeamten zur Sprache.

Do X bereitet Amerikaflug vor.

— Attentat bei Norföck, 29. Oktober. Das Großflugzeug Do X hat seine Probeflüge beendet und wird, nachdem es noch einen fünfständigen Flug über dem Bodensee ausgeführt hat, nochmals gründlich nachgesehen. In nächster Zeit wird die Maschine unter Führung von Kapitän Christiansen zum Flug über Spanien-Vermuda-Inseln nach New York starten. Die Besatzung besteht aus 12 Mann, 6 Offizieren und den Bordmonteuren.

Macdonald über Palästina-Vertrag und Getreidezölle.

— London, 29. Oktober. Im Unterhaus erklärte Macdonald auf die Kritik, die Baldwin an der Regierungspolitik geübt hatte, das Weißbuch über Palästina bedeute keineswegs, daß sich die Mandatspolitik gegenüber Palästina geändert habe. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bemerkte er ferner, daß die Regierung nicht in der Lage sei, einem Antrag der Dominions auf der Reichskonferenz, einen Zoll auf das nach England eingeführte Getreide einzuführen, stattzugeben.

Jugend und Alkohol.

Wie können wir unsere Jugend vor den Alkoholgefahren mit Hilfe des neuen Gaststättengesetzes schützen?

Unter diesem Leitgedanken steht die diesjährige Hauptversammlung der Reichsarbeitsgemeinschaft für alkoholfreie Jugendzucht, die am 25. November, im Rathaus Schöneberg, Berlin-Schöneberg, Rudolf-Wilde-

Platz, Bezirksverordnetenversammlung, vormittags 9½ Uhr stattfindet.

Entsprechend der Verschiedenartigkeit der zur Reichsarbeitsgemeinschaft für alkoholfreie Jugendzucht gehörigen Verbände wird das Thema im Hinblick auf die verschiedenen Möglichkeiten behandelt werden, die sich bei der Durchführung durch die a) Schule, b) Jugendpflege, c) Jugendfürsorge, d) Jugendverbände ergeben. Weitere Auskunft über die Tagung ist zu erhalten durch die Geschäftsstelle Berlin W. 9, Stresemannstr. 121 III.

Keine deutsche Schule in Südtirol.

Verschiedene deutsche Zeitungen brachten vor einigen Tagen eine Freudenbotschaft aus Südtirol. Ganz in aller Stille habe das italienische Regime, so hieß es, eine Veränderung seiner Politik vorgenommen, und augenscheinlich mit höchster Zustimmung habe Marzials, der Präfekt von Bozen, den deutschen Privatunterricht bedingungslos und ohne jede Einschränkung wieder gestattet, ja neben den italienischen Volksschulen deutsche Privatschulen in Aussicht gestellt. Es scheint so, als sei unsere Freude etwas voreilig gewesen. Wie ein kalter Wasserstrahl wirkt in dieser Beziehung, was der offiziöse und Mussolini sehr nahestehende „Popolo d'Italia“ unter der obigen Überschrift aus Trient berichtet. Wir bringen seine Auslassungen wörtlich:

Bezüglich einer Mitteilung, die von einigen deutschen Blättern, wie z. B. „Tag“ und „Lokalanzeiger“, gebracht und auch von einigen italienischen Zeitungen wiedergegeben wurde, wonach der Präfekt von Bozen, Marzials, die Wiedereröffnung von deutschen Privatschulen in Südtirol gestattet und neben den italienischen Volksschulen deutsche Ergänzungsschulen zugelassen habe, veröffentlicht der „Tribuna“ aus Trient folgende Notiz:

„Man braucht nicht erst zu sagen, daß diese Mitteilung jeglicher Begründung entbehrt und daß die deutsche Presse das Opfer einer Lügennachricht geworden ist, deren Ursprung leicht ausfinden ist. Die gerechte und gradlinige Politik des Regime gestattet an der Oberet, wie in andern Gegenden Italiens, keine Umkehr. Auch für die Aufhebung der deutschen Privatschulen, die stets ein Herd des Anti-Italienertums waren, gibt es kein Zurück. Es genügt das neuerliche Beispiel der Aufhebung der slavischen Schule in Triest, eines wahren Infektionszentrums für die sittliche Gesundheit der jugendlichen Seelen, um zu begreifen, wie schädlich derartige Kulturtaufen sind für die ruhige und gedeihliche Entwicklung der italienischen Grenzprovinzen. Und was ein besseres Einverständnis in Sachen italienisch-deutscher Freundschaft angeht: Da gibt es zweifellos unzählige andere Formen, um eine Politik tatsächlicher und herzlicher Zusammenarbeit zu verwirklichen, ohne doch so delikate und absurde Konzessionen zu beanspruchen wie etwa die Wiederherstellung der deutschen Privatschulen. An sie ist für uns die ungeliebte Erinnerung noch zu neu, als daß wir an ihre Rückkehr denken könnten, ohne dabei das allzu berechtigte Gefühl des Ekels zu empfinden.“

Der Kommentar der faschistischen Tageszeitung von Trient findet sein Echo in der „Provinz Bozen“, die folgende Dementierung veröffentlicht:

„In Verfolg der Veröffentlichung in einigen Zeitungen jenseits der Grenzen, über etwa beabsichtigte Konzessionen zugunsten des deutschen Sprachunterrichts, haben wir an autorisierter Stelle Informationen eingeholt. Es ist uns versichert worden, daß keine Änderung eingetreten ist in den Verfügungen, die diesen Gegenstand regeln.“

— In London eröffnete der König durch Verlesung der Thronrede im Oberhaus den neuen Tagungsabschnitt des Parlaments.

Kriegsgräberfürsorge.

Am 2. November veranstaltet der Bezirksverband M. in den des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. mit behördlicher Genehmigung eine öffentliche Sammlung auf Straßen, Friedhöfen und in den Häusern. Die Sammlung soll dazu dienen, dem Volksbund Mittel für die Durchführung seiner umfangreichen Arbeiten an den deutschen Kriegsgräbern im Auslande zuzuführen.

Deutschland verlor im Verlauf des Krieges über zwei Millionen Gefallene, von denen 1 800 000 in 38 außer-deutschen Ländern der Erde ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat seit vielen Jahren seine ganze Kraft und das Können deutscher Künstler für die würdige und dauerhafte Gestaltung der Kriegsgräberstätten eingesetzt. Er baut Sammelgräber zu würdigen Erinnerungsmalen aus. Auf ihnen sprießen jetzt Rosen, Lavendel oder ähnliche Blumen, die den stillen Schläfern den Gruß der Heimat bringen. Einfassungen aus Bruchsteinen formen die großen Hügel der unbekannten Toten, schlichte Gedächtnismale hängen von deutscher Treue und Dankbarkeit, Mauern und schmiedeeiserne Tore schützen die vom Volksbund in Bau genommenen Stätten. Bäume, als Alleen gepflanzt, zu Gruppen zusammengefaßt, haben hainartig verteilt, sollen, wenn sie sich erst entwickelt haben, die Gedenkstätten zu Weidstätten machen.

Trotzdem ist die Aufgabe des Volksbundes noch auf Jahre hinaus unermesslich groß. Ganz erhebliche Mittel müssen noch aufgebracht werden, um nach und nach alle deutschen Soldatenfriedhöfe so auszubauen, daß sie des deutschen Volkes und seiner Toten würdig sind.

Daher gebe jeder am 2. November 1930 seine Spende in dankbarer Erinnerung an seine toten Brüder.

Verschiedenes.

Liturgische Konferenz Weisfalems. Es geht ein neuer, frischer Hauch durch das Leben unserer evangel. Kirche. Die lebensvolle Gestaltung des Gemeindegottesdienstes beschäftigt auch weite Kreise. Diesem regen Leben eine wahrhaft evangelische Gestaltung zu sichern, hat sich die liturgische Konferenz Weisfalems zur Aufgabe gemacht.

Montag, den 3. und Dienstag, den 4. November veranstaltet diese Konferenz ihre 9. Tagung in Bethel bei Bielefeld (oberer Saal des „Alfapheums“); beginnend am Montag 4½ Uhr mit einem Vortrag von P. Voigt-Sarepta über die liturgische Gestaltung des Kirchenjahres. Es folgen Vorträge von P. Koch-Sarepta über das Erleben des Kirchenjahres in Familie und Gemeinde; von Pastor Lic. Flemming-Hamm über Luthers Anschauung vom Gottesdienst in ihrer Bedeutung für die Gegenwart. Eingeraht sind diese Vorträge und deren Besprechung von einer liturgischen Vesper und einem Gemeindegottesdienst am 3. November (7 bzw. 8½ Uhr), sowie einer Messe am 4. November morgens 8½ Uhr in der schönen Sareptakapelle.

Vorherige Anmeldung wird erbeten an P. D. Johs. Kuhlo-Bethel (Fernruf: Bielefeld 3911, Nebenschluß). Das Evangelische Konfirmandenamt hat den Geistlichen, Organisten und Chorleitern die Teilnahme an dieser Konferenz empfohlen (R.M.B. 1645). Doch sind auch sonstige Liebhaber der schönen Gottesdienste des Herrn willkommen.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer!

Bruderhilfe! Die Sammelstätten sind nun in den Händen der Mitglieder. Wir bitten, keine Tüte leer zu lassen. Die Sammlung ist für die Not in den Brudervereinen hin und her.

Der Vorstand.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hützel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Straußgott

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß Gottes Freundschaft uns einen zweiten gesunden Sohn schenkte.

In Dankbarkeit:

Fritz Ziesche und Frau Martha,

geb. Wedepohl.

Haus Burgwald,

Eberstadt/Vergstraße, den 26. Oktober 1930.

Kur-Anstalt
Erholungshaus
vegetarisch und
Rohkost **Ebert**
Benneckenstein-Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Felkekur. Prosp. freil

In H. Christl. Beamtenhaushalt

angelernte, einfache

Haustochter

gesucht, welche unter Leitung der Hausfrau sich weiter bilden möchte. Familienanschluß.

Kiel a. d. See, Mollatstr. 531

Starkleibigkeit
vorzögl. unschädl. Mittel
C.E. Behrens, Pharmaz. Präparate
Stolzenau (Weser)

Erstlings-Artikel



Wäschehaus

A. Hinz, Bielefeld

Obernstraße 32

Schwermütige, Verzägte, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme und Hilfe im Herrn zu mäßigem Preise im

Erholungsheim

Haus Friedensruh

In Laufen/Eyach, O. A. Ballingen

(Würtbg.) Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bobinus, Bielefeld, ist die Schärfe meines

Honig.

Blüten-

garant.

10 Pf. Dose 10.05 RM, vorzüglich

Reichblütenblüte 12.00 RM, 5-lb

Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1-lb

Dose 2.00 RM und 2.20 RM frei Haus

Post. 30 Pf. mehr. Gar. Rücknahme.

W. Krüger, Bielefeld 2, Kr. Soth.

Dieser Honig ist auch in Dpht.

vereinigter Verkaufsstellen der Anstalt

Bethel, zu haben.

Hochgebirgs-

Sonnenkuren

Herbst und Winter im Ev. Er-

holungsheim Hasilberghaus

Goldern (Berner Oberland)

1060 m. Sorgfältige Pflege.

Trauliches Familienleben. Ta-

gespreis von 8 Fr. an. Aus-

bildung von Hausknechten.

Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Bad Berta a. d. Alm

Kleine christl. Pension für jg. Mä-

den zur Erholung und gleichzeitiger

Erlernung der bürgerlichen und

feinen Küche unter pers. Leitung.

Preis monatl. 70 Mt. Näheres

gegen 30 Pf. Rückporto.

A. Klosterberg 59a, Bad Berta

Gl. Hof,

langj. Haushaltungsschulleiterin.

Schwester

der Inneren Mission

sucht tüchtlichen Dienst, am

liebsten als Berufshelferin der

Evang. Frauenhilfe, zuletzt

2 Jahre als solche tätig, früher

tüchtl. Wohlfahrtsdienst, Stadtmission.

Zeugnisse. Bescheidene Ansprüche.

Kleine Wohnung erw. eig. Möbel.

Schwester Nenni Richter

Deutsch Krone, Friedr. 11

(Grenzmarkt Posen-Westpreußen)